

Opel ist überall! Unsere Forderung:

Ein Schutzschirm für Menschen

Opel retten, um Arbeitsplätze zu erhalten

Soll Opel mit Steuergeldern gerettet werden? Eine Pleite würde 50 000 Arbeitsplätze bei Opel selbst vernichten und weitere Zigtausende bei Händlern und Zulieferern. Und deshalb sind »Rettungspläne«, die drastische Stellenstreichungen und Standortschließungen vorsehen, völlig inakzeptabel. Steuergelder dürfen nur in den Erhalt von Arbeitsplätzen fließen, nicht in ihren Abbau. Für DIE LINKE stehen die Menschen an erster Stelle.

Union und SPD gefährden Arbeitsplätze

Die Bundesregierung fordert ein Konzept von GM und hat selbst keins. Sie verlangt keine Beschäftigungssicherung und macht keine Vorgaben für einen ökologischen Wandel. Opel soll an den meistbietenden Investor verhökert werden. Die Spekulationen der Großen Koalition über eine Insolvenz sind verantwortungslos.

DIE LINKE hat ein Konzept für Opel

1. Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen müssen jetzt gemeinsam mit Spanien und Belgien bei Opel einsteigen, so dass sie mindestens eine Sperrminorität erlangen. Wie das klappt, zeigt das Beispiel Volkswagen: Gegen die Mehrheit aus Arbeitnehmervertretung und Landesregierung kann kein Standort geschlossen werden. Das wollen wir auch für Opel.
2. Der Bund muss durch Bürgschaften helfen, Opel Europa abzusichern. Ziel ist ein gemeinsames, rechtlich selbstständiges europäisches Unternehmen, an dem auch Händler und Zulieferer beteiligt werden.

Opel den Opelanern

In einer Konkurrenzwirtschaft kann man die Lösung für einen potenziellen Konkurrenten nicht von dessen Konkurrenten erwarten. Es sind die Beschäftigten, die die Produkte und den Wert der Marke Opel geschaffen haben. Deshalb muss bei Opel und in der gesamten Industrie der Grundsatz gelten: Die Beschäftigten müssen Miteigentümer werden - erst recht, wenn Steuergelder in den Betrieb fließen. Sind die Belegschaften direkt an den Unternehmen beteiligt, können sie Arbeitsplätze sichern, bessere Löhne und gute Arbeitsbedingungen wirksamer als bisher durchsetzen.

Industriepolitik für Menschen und Umwelt

Opel ist kein Einzelfall, sondern das Resultat einer Wirtschaftsordnung, in der allein aus Profitsucht und nicht nach Bedarf produziert wird. Das hat katastrophale Folgen für Menschen und Umwelt. Massenhaft sind Arbeitsplätze und der Erhalt von Industrieregionen gefährdet.

Nur wer Arbeitsplätze erhält, kann den sozial-ökologischen Umbau einleiten. DIE LINKE will einen Zukunftsfonds über 100 Milliarden Euro einrichten, der sich an den Unternehmen beteiligt und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Über die Geschäfte dieses Fonds sollen deshalb Vertreterinnen und Vertreter von Belegschaften, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden, Gebietskörperschaften und Unternehmen gemeinsam entscheiden.

www.linksfraktion.de/schutzschirm

